

Stadt im neoliberalen Zeitalter

Wie globale Politikmodelle Einfluss auf die lokale Gestaltung nehmen

Stadtpolitik greift immer häufiger auf »best practices« aus anderen Städten zurück und nutzt sie als Blaupausen für ihre Entwicklungskonzepte. Doch was geschieht, wenn globalisierte Politikmodelle auf lokale Gegebenheiten heruntergebrochen werden? Neue Fragestellungen für die Humangeografie – die Frankfurter Wissenschaftler erforschen dies an konkreten Beispielen für die Mainmetropole.

von Andrej Holm, Susanne Heeg und Robert Pütz

Ob es um die Förderung der Kreativwirtschaft geht, bei der die internationale Creative-City-Debatte [siehe auch Seite 9] aufgegriffen wird, oder um die Übertragung amerikanischer Polizeikonzepte auf Frankfurter Kontexte; ob sich städtische Verwaltungen weltweit am »new public management« orientieren oder Formen der Festivalisierung migrantischer Kulturen Eingang in die Integrationspolitiken finden: Lokale Politik ist heute nicht mehr ohne globale Impulse und internationale Vorbilder denkbar. Doch internationale Konzepte werden nicht eins zu eins übertragen, sondern im Prozess der lokalen Umsetzung modifiziert, verändert und ergänzt. Städtische Prozesse können daher weder aus sich heraus noch als reine Blaupause internationaler Trends verstanden werden. Das Verhältnis von globalen Politikmodellen und lokalen Transformationsleistungen wird an der Goethe-Universität im Forschungsverbund »Europäische Stadt- und Regionalentwicklung« untersucht. Beteiligt sind daran Forscherinnen und Forscher aus der Humangeografie, Kulturanthropologie, Politologie und Soziologie.

Neuordnung des Städtischen und Trends der Ökonomisierung

Zwar besteht Einigkeit darüber, dass sich die Städte, städtischen Rahmenbedingungen und Stadtpolitiken verändert haben, jedoch wurde bislang nur selten untersucht, welche Dynamiken den

Stadtentwicklung und Globalisierung - mehr als nur Bauprojekte und Finanzplätze.

neuen Formen der Politik und des Regierens zugrunde liegen. Ein Schlüssel zum Verständnis der »Neuordnungen des Städtischen« ist die Beantwortung der Frage, ob und wie eine lokale Adaption nach global verfügbaren Modellen, Leitbildern und Strategien erfolgt.

Doch nicht nur die Prozesse der Veränderung selbst, sondern auch die spürbaren Effekte der neuen Stadtpolitiken gilt es zu analysieren. In öffentlichen und auch politischen Debatten werden die veränderten Politikmuster vielfach als Trends der Ökonomisierung, Liberalisierung und der Etablierung neuer Wohlfahrtsregime beschrieben und in dem Begriff »Neoliberalismus« zusammengefasst. Auch in der internationalen Forschungsliteratur wird unter dem Schlagwort »neoliberale Stadtpolitik« die zunehmende Ausrichtung der Städte und städtischer Politiken an ökonomischen Zielen und betriebswirtschaftlicher Effizienz verstanden. Nicht alle Neuordnungsprozesse in Deutschland weisen eindeutig Merkmale einer neoliberalen Stadtentwicklung auf; Veränderungen der Stadtpolitik sind vielmehr von einem Mix ver-

schiedener Handlungsorientierungen getragen.

Neue Produktionsbeziehungen, globale Wirtschaftskreisläufe, sozialstrukturelle Umbrüche und Politikmuster haben die Städte verändert: Bereits seit geraumer Zeit werden unter anderem eine neue Urbanität in der Dienstleistungsgesellschaft, eine Entwicklung von World City Networks, sozial gespaltene Städte und ein Übergang des traditionellen Verwaltungshandelns zu Stadtpolitiken von Public Private Partnerships als Aspekte dieser Prozesse diskutiert. Seit Ende der 1990er Jahre werden diese Veränderungen vor allem in der angloamerikanischen Forschung unter dem Stichwort »neoliberale Stadtentwicklung« zusammengefasst. Verstanden wird darunter vor allem ein Set von neuen Regeln, Regulationen, Programmen und Politiken, die darauf ausgerichtet sind, die Städte in erster Linie an wirtschaftlichen Erfordernissen auszurichten. Dabei geht es den Wissenschaftlern sowohl darum, den Zustand neuer Ordnungen zu beschreiben als auch die Prozesse des Neuordnens zu hinterfragen.



Der Frankfurter Ansatz – Forschen im Verbund

In deutschsprachigen Debatten wurde der Begriff »neoliberale Stadtentwicklung« bisher nur zögerlich aufgegriffen: Neben einigen Studien zu Einzelaspekten wie den veränderten Sicherheitspolitiken, neuen Wohlfahrtsarrangements und der verstärkten Einbeziehung nichtstaatlicher Akteure in die Stadtentwicklung gibt es nur wenige Arbeiten, die versuchen, die Komplexität neoliberaler Politikbrüche aufzugreifen oder diese mit empirischen Beobachtungen aus deutschen Städten zu verbinden. Im Rahmen des »Forschungsschwerpunkts Europäische Stadt- und Regionalentwicklung (ESR)« kooperieren Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler verschiedener Disziplinen an der Goethe-Universität seit vielen Jahren fachübergreifend bei der Untersuchung verschiedener Phänomene der Stadtentwicklung und versuchen, diese Leerstellen in Lehre und Forschung zu füllen. Gemeinsame Lehrveranstaltungen, drittmittel-finanzierte Forschungsprojekte und eine im kommenden Jahr geplante Tagung stehen für die Vitalität dieser Kooperation.

Ein zentraler Fokus der gemeinsamen Diskussion ist es, die

Durchsetzung neoliberaler Politikmuster nicht nur als Abbruch bisheriger Regulationsmodi, sondern als Abfolge von Prozessen eines »roll back and roll out neoliberalism« zu verstehen. Als »roll back«-Phasen werden die grundlegende Infragestellung und Einschränkung vormaliger wohlfahrtsstaatlicher Instrumente der Stadtpolitik verstanden, als »roll out« hingegen die Entwicklung und Durchsetzung neuer Regulationsmodi bezeichnet. Neue städtische Politiken sind daher nicht als uniforme und lineare Prozesse zu verstehen, sondern werden in einem Spannungsfeld lokaler und überlokaler Bezüge ausgehandelt und bringen widersprüchliche Ergebnisse hervor.

Orte/Räume/Städte werden deshalb als Ergebnis von gesellschaftlichen Machtstrategien, Diskursen und Auseinandersetzungen angesehen, die sowohl materiell als auch symbolisch vermittelt werden. Um sicherzustellen, dass Untersuchungen nicht auf der semantischen Ebene von Diskursen stehen bleiben, sondern auch praktische Auswirkungen ergründen, erscheint eine Orientierung an drei zentralen Dimensionen der Raumproduktion sinnvoll: Diskurse, Strategien und Praktiken.

Als Diskurse werden dabei alle grundsätzlichen Debatten und Aushandlungsprozesse verstanden, die einen Politikwechsel in einem bestimmten Feld des Städtischen in Form einer Durchsetzung neuer hegemonialer Grundannahmen, Legitimationsfiguren und Leitbilder begleiten. Strategien umfassen die programmatische Gestaltung der technischen, administrativen und finanziellen Umsetzung der jeweiligen städtischen Politik, insbesondere die Entwicklung von Plänen, Programmen, Richtlinien und Instrumenten. Unter stadtpolitischen Praktiken werden die Durchführung, Umsetzung und Etablierung zuvor entwickelter Strategien in der Praxis verstanden.

Quartierentwicklung und private Akteure

Konkret analysiert werden Prozesse der Herstellung und Durchsetzung neuer stadtpolitischer Strategien vor dem Hintergrund von global-lokalen Aushandlungsprozessen. So untersucht ein human-

geografisches Forschungsprojekt beispielsweise die Einführung von »business improvement districts« (BID) in Deutschland, wie Gebiete bezeichnet werden, in denen Grundeigentümer verpflichtet sind, eine Abgabe für eine private Organisation zu leisten, die Programme zur Attraktivitätssteigerung des Gebiets durchführt. Durch die gesetzlich legitimierte Übertragung von Verantwortung für die Quartiersentwicklung von kommunalen auf private Akteure können BID als paradigmatisch für neue Instrumente der »unternehmerischen Stadt« angesehen werden. Das umstrittene Instrument wurde in Kanada erfunden, in den USA weit verbreitet und breitete sich in den vergangenen zehn Jahren in vielen Ländern der Welt aus. Auch die Hessische Landesregierung hat im vergangenen Jahr die rechtlichen Möglichkeiten für solche Distrikts geschaffen. Die Wissenschaftler der Universität Frankfurt untersuchen zurzeit, wie diese global verfügbare Blaupause im Rhein-Main-Gebiet umgesetzt wird und wie lokale Modifikationen in die globale Zirkulation von Ideen und Konzepten zurückgespielt werden. Diese Forschungsarbeit verspricht einen aufschlussreichen Blick hinter die Kulissen der Globalisierung.

New Yorker Polizeistراتيجien für Frankfurt?

In einem anderen Projekt stehen die Adaptionen von New Yorker Polizeistراتيجien in Frankfurt im Mittelpunkt. Insbesondere die Strukturreform der Frankfurter Polizei, aber auch die verschiedenen Konzepte der polizeilichen Alltagspraxis – wie etwa die verstärkte Präsenz auf der Straße – orientieren sich an den Erfahrungen der US-amerikanischen Metropole. Das Projekt beschäftigt sich mit Fragen wie: Gibt es einen Import US-amerikanischer Strategien städtischer Polizeiarbeit nach Frankfurt am Main? Wie wird die Orientierung an diesen Vorbildern begründet? Welche konkreten Reformen werden damit durchgesetzt, und inwiefern beeinflussen sie die Polizeipraxis? Über eine Dokumentenanalyse, Expertengespräche und die Begleitung von Polizeistreifen sollen nicht nur die Debatten, sondern vor allem die praktische Umsetzung verdeutlicht werden. Ein

Neue Wege der
Polizeiarbeit.





Karneval der Kulturen: Immer mehr Events statt Integration?

Attraktionen wirken und das Image der Städte aufbessern. Thema der Forschungsarbeit wird es auch sein, herauszufinden, ob diese neuen Formen der Integrationspolitik tatsächlich eine Integration fördern.

Wie diese Beispiele aus dem »Forschungsschwerpunkt Europäische Stadt- und Regionalentwicklung (ESR)« zeigen, haben die vielfältigen global-lokalen Aushandlungsprozesse einen zunehmenden Einfluss auf die

wesentlicher Aspekt der neuen Strategie ist es, mehr sichtbare und uniformierte Polizei auf die Straße zu bringen, um die subjektiven Sicherheitsgefühle zu stärken. Ob dadurch tatsächlich mehr Sicherheit und verbesserte Aufklärungsquoten erreicht werden können, ist eine der Fragen, die im Rahmen des Forschungsprojektes beantwortet werden sollen.

Was bringen Kulturfestivals für die Integrationspolitik?

In einem stärker kulturwissenschaftlichen Projekt beschäftigen sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Kulturanthropologie mit der Festivalisierung migrantischer Kulturen. Es ist ein weltweiter Trend zu beobachten, Alltagsleben der Migranten in den Städten durch Kulturevents und Volks- und Karnevalfeste zu repräsentieren. Die Forscher wollen klären, ob dies tatsächlich eine hilfreiche Strategie für eine Integrationspolitik sein kann und wie die globale Ausbreitung solcher Orientierungen erklärt werden kann. Ethnisch-kulturelle Vielfalt ist in einer unternehmerisch ausgerichteten Stadtpolitik offensichtlich eine geeignete Ressource, um die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern.

Untersuchungen in Frankfurt und Berlin zeigen insbesondere, dass sich unter der Maßgabe von sich verringern den Budgets die lokalen Integrationspolitiken zunehmend auf Projekte der kulturellen Inszenierung konzentrieren. Statt der traditionellen Ansätze von Beratung, Bildungsförderung und arbeitsmarktpolitischen Angeboten setzen die Stadtverwaltungen die



Kulinarische Kontakte.

knappen Mittel inzwischen verstärkt für sichtbare Integrations-events wie etwa den »Karneval der Kulturen« ein. Dies hat aus der Perspektive der Stadtpolitik auch den angestrebten Nebeneffekt, dass solche Projekte als touristische

aktuelle Stadtentwicklung. Ohne das Wissen um die konkreten Wirkungsweisen und Dynamiken von Globalisierungsprozessen werden die Herausforderungen der Städte in Zukunft nicht zu lösen sein. ◆

Die Autoren

Dr. Andrej Holm, 38, arbeitet seit 2008 im Rahmen des interdisziplinären Forschungsschwerpunktes »Europäische Stadt- und Regionalentwicklung« an der Goethe-Universität. Als Koordinator unterstützt er den Aufbau des Forschungsprogramms »Neuordnungen des Städtischen im neoliberalen Zeitalter«. Er promovierte als Sozialwissenschaftler an der Berliner Humboldt-Universität zur »Restrukturierung des Raumes« am Beispiel der Stadterneuerung. Seine Forschungsschwerpunkte sind der soziale Umstrukturierungsprozess eines Stadtteils (Gentrifikation), Wohnungspolitik im internationalen Vergleich und Europäische Stadtpolitik.

Prof. Dr. Robert Pütz, 43, lehrt und forscht seit 2004 als Professor für Humangeographie in Frankfurt. Er beschäftigt sich besonders mit der sozial- und wirtschaftsgeografischen Metropolenforschung. Zuvor hat er als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität in Mainz promoviert und habilitiert, anschließend war er Professor für Sozialgeografie an der Universität Osnabrück.

Prof. Dr. Susanne Heeg ist seit 2006 Professorin für Geographische Stadtforschung am Institut für Humangeographie [siehe Autoreninformation, Seite 35].

holm@em.uni-frankfurt.de

puetz@em.uni-frankfurt.de

heeg@em.uni-frankfurt.de